

Zusammenfassung VWL

Nach Peter Eisenhut, Aktuelle Volkswirtschaftslehre, Ausgabe 2002 / 2003

Kap. 1 / Einführung (S. 19-30)

1.1 Bedürfnisse, Güter und Produktionsfaktoren (ab S.19)

- VWL = - Lehre der „Entscheidungen bei Knappheit“
 - Beschreibung Gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge und Eingriffe
- Knappheit = Verhältnis der verfügbaren Mittel zu den Bedürfnissen.

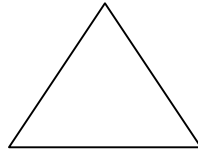
Bedürfnisse (S.19/20):

Zum Begriff Knappheit können auch immaterielle Bedürfnisse eingeteilt werden.

Dies sind: Macht, Ansehen, Sicherheit, Schönheit, Sicherheit (immer unbegrenzt, der Mensch möchte immer mehr)

Bedürfnisse geordnet nach Merkmalen gemäss **Maslow**:

5. Selbstverwirklichung
4. Wertschätzungsbedürfnisse
3. Soziale Bedürfnisse
2. Sicherheitsbedürfnisse
1. Grundbedürfnisse



Güter (S.20):

:=Sind das Ergebnis eines Produktionsprozesses und dienen zur Befriedigung der Bedürfnisse (meist begrenzt)

Güter			
Wirtschaftliche Güter knapp begehrt haben Preis			Freie Güter unbegrenzt gratis Bsp Luft
Sachgüter		Dienstleistungen Bsp: Zug, Bus, Nachrichten Unterricht	
Konsumgüter Zur täglichen Bedürfnisbefriedigung Bsp: Essen Kleider Velo Bücher Auto	Investitionsgüter Zur Herstellung von Gütern		

Produktionsfaktoren (S.21):

= alle Mittel, die in der Produktion von Gütern eingesetzt werden, um das Gut zu produzieren

Produktionsfaktoren			
Arbeit <ul style="list-style-type: none"> • produktive Tätigkeit des Menschen 	Natürliche Ressourcen <ul style="list-style-type: none"> • Boden • Rohmaterialien 	Realkapital (alles ausser Geldkapital) <ul style="list-style-type: none"> • Maschinen • Anlagen • Gebäude 	Wissen (=Humankapital) <ul style="list-style-type: none"> • Wissen • Können • Fähigkeiten • Fertigkeiten

1.2 Arbeitsteilung, Tausch und Geld (ab S.22)

Arbeitsteilung: Arbeitsteilung und Spezialisierung entschärfen das Knappheitsproblem, weil damit die Produktivität (=Leistung / Zeit) steigt, und somit mehr Güter entstehen

Geld

Seine drei Funktionen helfen die **Transaktionskosten** zu senken

(= Kosten die entstehen um ein Tauschgeschäft abzuwickeln, Bsp. Tauschpartnersuche, Preisvergleich)

1. Zahlungsmittel ich muss nicht mehr jemanden suchen, der das hat was ich will, und das möchte was ich offeriere => spare Zeit und Kosten
2. Rechnungseinheit Geld erlaubt den direkten Preisvergleich (=transparente Preise). Ich muss nicht wissen was meine Äpfel in Bananen, Birnen oder Autos wert sind.
3. Wertaufbewahrungsmittel Nicht alle Güter lassen sich konservieren, Geld schon, man kann es bei nicht gebrauch sofort weitergeben und somit Zinse verdienen.

1.3 Der ökonomische Entscheid und die Opportunitätskosten (ab S.23)

Homo Ökonomikus

Entscheidet so, dass er mit seinen gegebenen Mitteln den Nutzen optimiert. Er handelt dabei nach einem der zwei

ökonomischen Prinzipien:

- Minimierungsprinzip Bedürfnisse mit möglichst geringem Mitteleinsatz befriedigen
Maximierungsprinzip mit gegebenen Mitteln möglichst hohe Bedürfnisbefriedigung

Opportunitätskosten

Nutzen der nicht gewählten Alternative, denn jeder Entscheid bedeutet ein Verzicht auf die andern Möglichkeiten.
(There is no free lunch)

1.4 Die 4 Aufgaben der Volkswirtschaftslehre (ab S.26)

1. **Beschreibe** von wirtschaftlichen Vorgängen.
2. **Erklären** (wie kommt es zur steigender Arbeitslosigkeit?) der wirtschaftlichen Vorgängen. Dazu ist ein vernetztes Denken notwendig und es müssen viele verschiedenen Ursachen und Abhängigkeiten berücksichtigt werden.
3. **Prognostizieren** des zukünftigen Ablaufs des Wirtschaftsgeschehens (wie wird sich die Arbeitslosigkeit entwickeln?).
4. **Beeinflussung** der wirtschaftlichen Entwicklung in Richtung bestimmter Ziele (wie soll die Arbeitslosigkeit bekämpft werden?).

1.5 Die 6 Ziele der Wirtschaftspolitik (ab S.27)

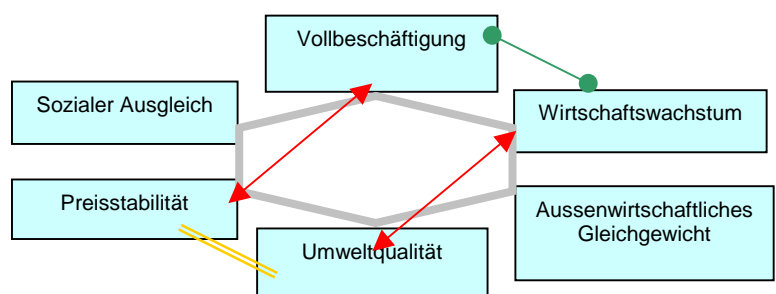
Das magische Sechseck:

Zielbeziehungen:

Zielharmonie: beim Erreichen des einen Ziels hab ich das andere auch dabei
Bsp: Wirtschaftswachstum <-> Vollbeschäftigung

Zielneutralität: ein Ziel anstreben, ohne andere zu tangieren (nur selten und meistens zeitlich begrenzt)
Bsp: Preisstabilität <-> Umweltqualität

Zielkongruenz: ein Ziel anstreben verhindert das Erreichen des andern
Bsp: Preisstabilität <-> Vollbeschäftigung



Trade off:

(Austauschbeziehung) Entscheid für das eine oder andere.

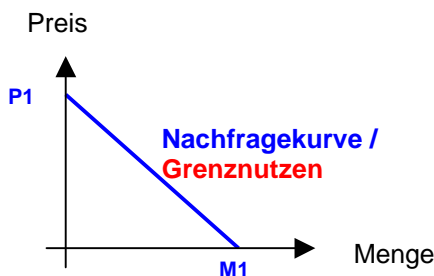
Bsp: Schule oder Freizeit? Arbeitslose oder Preisstabilität? Wachstum oder Umweltqualität?

Kap. 2 / Die Preisbildung (S.33-54)

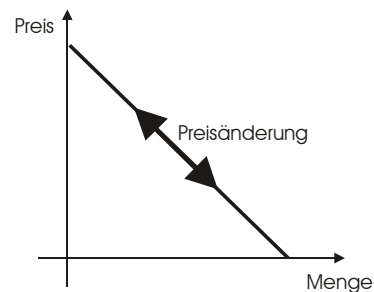
2.1 Die Nachfrage: Grundlagen des Kaufentscheidens (ab S.33)

Ceteris paribus	die Annahme, dass sich nur ein Faktor ändert, während alle andern konstant bleiben
Substitutionsgüter	Ersetzen ein bestehendes Gut. Kommt bei Preissteigerungen stark zum Zug. Bsp: Butter & Margarine, Henniez & Valser Wasser, Markenprodukt & NoName
Komplementärgüter	Güter die sich ergänzen. Auto & Reifen, Drucker & Toner (=Zubehör, Verbrauchsmaterial)
Einkommenseffekt	Werden Preise teurer bei gleichbleibendem Lohn => man wird ärmer
Funktion des Preises	Information Koordination (Angebot & Nachfrage) Allokation (Zuteilung der Produktionsfaktoren)

Nachfragekurve = Grenznutzenkurve:



Menge ist umgekehrt proportional zum Preis
Je teurer desto weniger, Je billiger desto mehr
Nachfrageänderung = verschieben



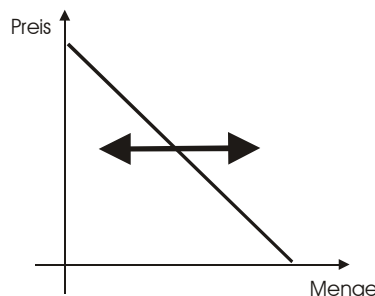
Rauf = Preissteigerung
Runter = Preissenkung
Preisänderungen AUF der Nachfragekurve

- Grenznutzen := Nutzen der letzt gekaufte Einheit.
Regel: je mehr man schon hat, desto weniger schätzt man ein zusätzliches
- Gossen Gesetz1 := Je mehr man schon hat, desto weniger will man für ein zusätzliches noch zahlen
- Gossen Gesetz2 := Solange der Grenznutzen eines Produktes höher ist als bei einem andern, wird dies mehr nachgefragt, bis der Grenznutzen pro Geldeinheit bei allen (== in alle Verwendungsrichtungen) gleich ist.

2.2 Die Verschiebung der Nachfragekurve (ab S.35)

Nach LINKS:

- Bedürfnisänderung OUT
- Preissenkungen bei Substitutionsgütern
- Preisanstieg bei Komplementärgütern
- Tieferes Einkommen
- Erwartete Preissenkungen



== Änderung des Umfeldes

Nach RECHTS:

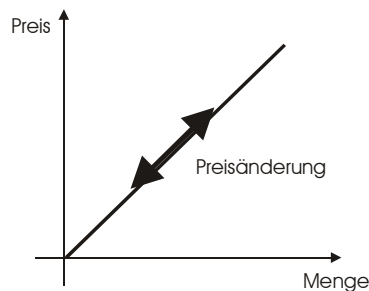
- Bedürfnisänderung IN
- Preisanstieg bei einem Substitutionsgut
- Preissenkung von Komplementärgütern
- Höhere Einkommen
- Erwartete Preissteigerungen

== für gleichen Preis wird mehr nachgefragt

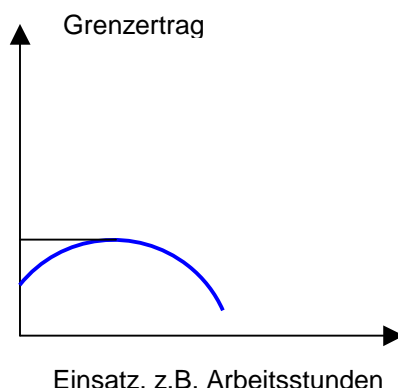
== für gleichen Preis wird weniger nachgefragt

2.3 Das Angebot: Grundlagen des Verkaufentscheides (ab S.36)

Angebotskurve = Grenzkostenkurve:



Preiserhöhung AUF der Angebotskurve



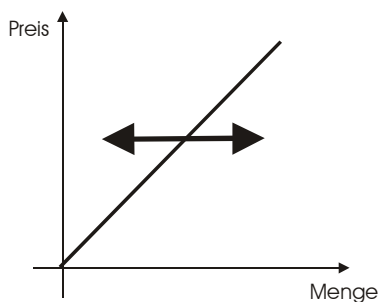
Solange die Stückkosten jedes zusätzlich produzierten Gutes (=Grenzkosten) unter dem Verkaufspreis liegen, ist das Interesse gross, soviel wie nur möglich zu verkaufen. Erst wenn die Grenzkosten über dem Verkaufspreis zu stehen kommen, dann lohnt sich das Angebot nicht mehr. *Siehe S.38*

Ertragsgesetz: Wird nur ein Produktionsfaktor erhöht (alle anderen bleiben unverändert), erhöht sich der Ertrag zuerst mit steigenden, dann mit fallenden Grenzerträgen.

2.4 Die Verschiebung der Angebotskurve (ab S.39)

Nach LINKS

- Steigende Faktoren (Löhne)
- Rückschritte Produktionsverfahren
- Negative externe Einflüsse (schlechte Ernte)
- Staatliche Kostenerhöhungen (Steuererhöhungen)
- Erwartete Preiserhöhungen



Nach RECHTS

- sinkende Faktorkosten (Zins)
- Fortschritte Produktionsverfahren
- Positive externe Einflüsse (gute Ernte)
- Staatliche Kostensenkungen (Zollreduktionen)
- Erwartete Preissenkungen

2.5 Die Reaktionen auf Preis- und Einkommensänderung (ab S.40)

Die Reaktion des Nachfragers auf Preisänderungen (S.41):

$$\text{Elastizität der Nachfrage} = \frac{\text{Veränderung der nachgefragten Menge [\%]}}{\text{Veränderung des Preises [\%]}}$$

Elastizität	Nachfragekurve		Bsp
$E = \infty$ vollkommen elastisch	parallel zur Mengen-Achse = horizontal	Kunde reagiert sehr stark auf Preis	
$E > 1$ elastisch	flach	Kunde reagiert stark auf Preis	Luxusgüter Wo viele Substitutionsgüter vorhanden
$E < 1$ unelastisch	steil	Wenig Reaktion auf Preisänderungen	
$E = 0$ vollkommen unelastisch	Parallel zur Preis-Achse = senkrecht	Nachfrage reagiert nicht auf Preisänderungen	Grundnahrungsmittel

Abhängigkeiten: Je mehr Substitutionsprodukte desto elastischer
 Je lebenswichtiger, desto unelastischer (Grundnahrungsmittel)
 Je geringer der Anteil am Haushaltsbudget, desto geringer ist die Preiselastizität
 Je länger die betrachtete Zeitperiode, desto elastischer wirkt es

Die Reaktion des Anbieters auf die Preisänderung (S.43):

$$\text{Elastizität des Angebots} = \frac{\text{Veränderung der angebotenen Menge [\%]}}{\text{Veränderung des Preises [\%]}}$$

Elastizität	Angebots Kurve		Bsp
$E > 1$ elastisch	flach	Angebot reagiert stark auf Preisänderung	Gut haltbare, lagerfähige Produkte Güter die schnell in grossen Mengen hergestellt werden können
$E < 1$ unelastisch	steil	Angebot ist fast unabhängig vom Preis	Verderbliche Produkte Schlecht steuerbare Produktionsmenge (Wetterabhängige Landwirtschaft)

Abhängigkeiten: Je länger die betrachtete Zeitperiode, desto elastischer ist das Angebot (Ein/Austritt von Anbietern)

Die Reaktion der Nachfrager auf Einkommensänderungen (S.44):

$$\text{EinkommensElastizität} = \frac{\text{Veränderung der nachgefragten Menge [\%]}}{\text{Veränderung des Einkommens [\%]}}$$

Wie ändert sich die Nachfrage eines Gutes wenn sich das Einkommen ändert?

Elastizität		Bsp
$E < 0$	Mit steigendem Einkommen geht Nachfrage zurück	Inferiore Güter (niederwertige) Bohnen, Kartoffeln, Nicht trendy Güter
$E = 0$	Keine Änderung mit dem Einkommen	Lebensnotwendige Güter Salz, Toilettenpapier
$0 < E < 1$	Höchstens proportionale Änderung zum Mehreinkommen	Kleider, Nahrungsmittel
$E > 1$	Nachfrage ändert stärker als das Einkommen	Luxusgüter Reisen Schmuck, Gesundheitspflege, Unterhaltung

2.6 Das Zusammenwirken von Angebot und Nachfrage (ab S.45)

Modell der vollkommenen Konkurrenz

Annahmen:

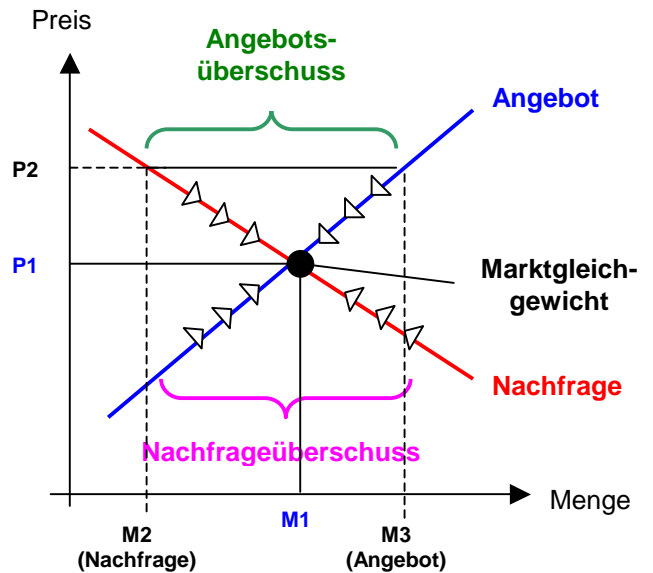
1. keine Qualitätsunterschiede
2. Polypol, grosse Anzahl Marktteilnehmer auf beiden Seiten
3. Freier Marktzutritt
4. Kunden sind vollständig informiert, sie kennen das günstigste Produkt

Marktgleichgewicht:

- Schnittpunkt Angebot & Nachfrage. Hier entsprechen sich angebotene und nachgefragte Menge
== Marktpreis

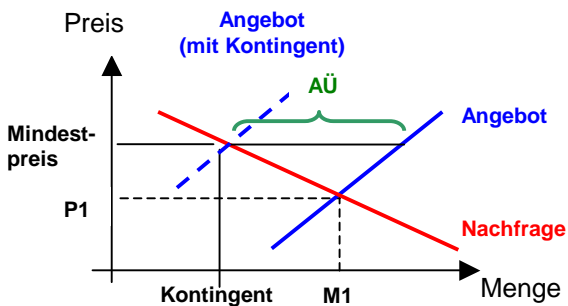
Vorgehen bei der Analyse von Marktereignissen

1. Entscheiden ob Nachfrage- und / oder Angebotskurve verschoben wird
2. In welche Richtung werden Kurven verschoben
3. Wo ist neues Gleichgewicht?

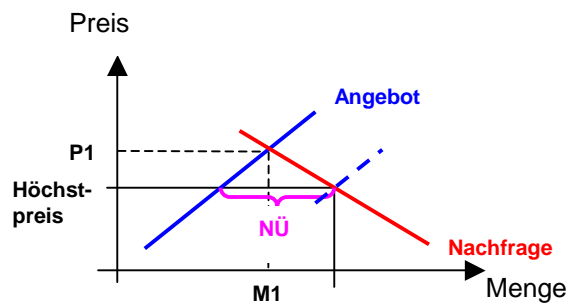


2.7 Anwendungsbeispiele (ab S.47)

Mindestpreis/Höchstpreis



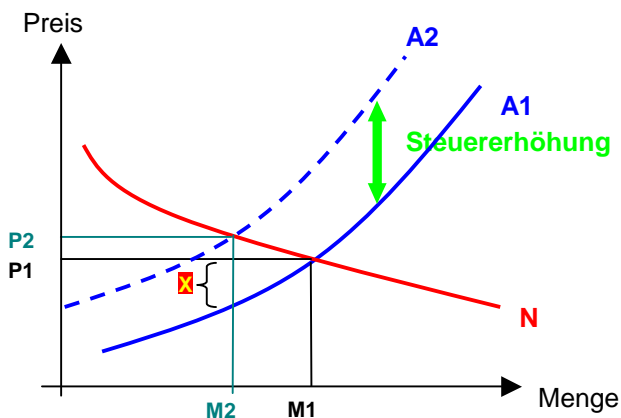
Preis darf nicht unterschritten werden
Bsp.: Landwirtschaft (Milch)
-> Überschüsse



Preis darf nicht überschritten werden
Bsp.: Sozialwohnungen
-> Schwarzmarkt

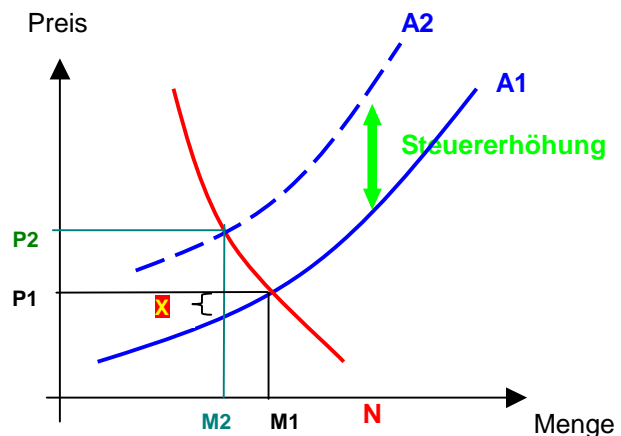
Steuererhöhung

elastische Nachfrage:



- **X**: Der grösste Teil der Steuererhöhung wird vom Produzenten getragen.

unelastische Nachfrage:



- **X**: Der grösste Teil der Steuererhöhung wird auf den Konsumenten abgewälzt.
Die Erhöhung beim unelastischen Teil muss immer der Konsument tragen.

2.10 Die Realität: Eine Vielzahl von Marktformen (ab S.52)

Nachfrager	Anbieter		
	Viele	Wenig	Einer
Viele	Polypol (Vollkommene Konkurrenz)	Angebotsoligopol	Angebotsmonopol
Wenig	Nachfrageoligopol	Zweiseitiges Oligopol	Angebotsmonopol und Nachfrageoligopol
Einer	Nachfragemonopol	Nachfragemonopol und Angebotsoligopol	Zweiseitiges Monopol

Monopol	Der Monopolist kann Preis selber setzen	Eisenbahn, Post, EW
Monopolistische Konkurrenz	Durch Produktdifferenzierung erreichtes Quasimonopol	Coca Cola, Microsoft
Oligopol	Wenig Anbieter und viele Nachfrager oder umgekehrt	
Polypol	Viele Anbieter viele Nachfrager	

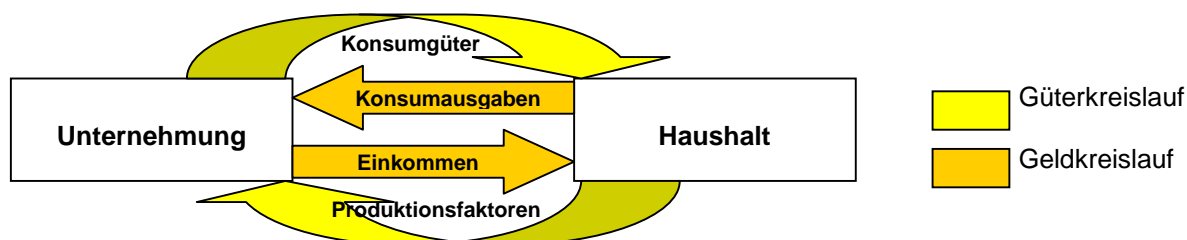
Innovatives neues Produkt	Nachahmer	Unternehmen mit nur alten Produkten verschwinden	Grosser Wettbewerb => Rationalisierungsdruck	
Start	=>	=>	=>	=> Neustart
Monopol		Monopolistische Konkurrenz => Preis sinken, da Substitution möglich wurde	Oligopol Nur noch wenige Anbieter mit immer neuen Angeboten	Haushalte haben neue, immer billigere Produkte

=> innovative Unternehmen sind der Schlüssel für die Dynamik der Wirtschaft

Kap. 4 / Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (S. 77-90)

4.1 Der einfache Wirtschaftskreislauf (ab S.77)

nur Unternehmen und Haushalt:



Das Unternehmen erstellt die Leistung (**Produktion**), das Einkommen geht an die Haushalte (**Verteilung**) und die Haushalte das erhaltene Einkommen dazu verwenden die Produktion der Unternehmung zu kaufen (**Verwendung**).

Ziel der VGR: Leistung einer Volkswirtschaft zahlenmässig erfassen

4.2 Die Analyse der Produktionsseite (ab S.78)

Messen der Unternehmensleistung S.78:

Produktionswert	
Vorleistungen	Bruttowertschöpfung
	Abschreibungen Nettowertschöpfung

Wertschöpfung = Produktionswert - Vorleistungen

Produktionswert = Summe aller Verkäufe + Bestandesänderungen des Lager + selbsterstellte Anlagen

Vorleistungen = Alle nicht dauerhaften Produktionsmittel von andern Herstellern (=Halbfabrikate)

Die institutionellen Sektoren in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) S.80:

- + **Unternehmen** Verkäufe bekannt => obige Formel
- + **POoE** Private Organisationen Ohne Erwerbscharakter =Vereine, Kirchen
kein Marktpreis, aber Aufwände sind bekannt (=Löhne)
=> Wertschöpfung := Aufwände - Vorleistungen
- + **Öffentliche Haushalte** (=Staat, Spitäler, Schulen)
kein Marktpreis, aber Aufwände sind bekannt (=Löhne)
=> Wertschöpfung := Aufwände - Vorleistungen
- + **Sozialversicherungen** Ausgaben bekannt
- + **Übrige Welt** Importe abziehen von der Wertschöpfung, sind Vorleistungen
Exporte sind enthalten

Private Haushalte werden in der Wertschöpfung nicht betrachtet (Hausfrau = 0Fr. Lohn)

Gesamtwirtschaftliche Leistung

Brutto Inland Produkt (Inlandsprinzip)

Nominales BIP = + Alle im Laufe eines Jahres im Inland produzierten Waren und Dienstleistungen
+ Kapitalenkommen und Arbeitsleistungen aus dem Ausland
- Kapitalenkommen und Arbeitsleistungen an das Ausland

Nominales BIP -> Verwendung für Wachstumsraten

Nominales BIP 2001 = ca. 390 Mia. CHF

Reales BIP = + nominales BIP (d.h. BIP mit aktuellen Preisen)

- Inflationsindex Konsumgüter (LIK)

- Inflationsindex Investitionsgüter

- Inflationsindex für Staatsgüter

= nominales BIP - Deflator

Reales BIP -> Verwendung für internationale Vergleiche

Reales BIP 2001 = ca. 430 Mia. CHF

Brutto Sozial Produkt (Inländerprinzip)

BSP = Alle im Laufe eines Jahres von inländischen Produktionsfaktoren produzierten Waren und Dienstleistungen
(egal wo)

4.6 Grenzen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ab S.90)

Nur legale Leistungen sind erfasst (z.B. kein Drogenhandel)

Nur monetäre Leistungen sind erfasst (z.B. keine Hausarbeit)

Problematische Bewertung von Leistungen (Bsp. höhere Beamtenlöhne != bessere Leistung)

Internationale Vergleiche nur wenn: Wechselkursbereinigt!

=> OECD-Statistiken haben die nationalen BIP um die Kaufkraftparität bereinigt!

=> BIP keine Aussage über Lebensqualität oder Wohlfahrt

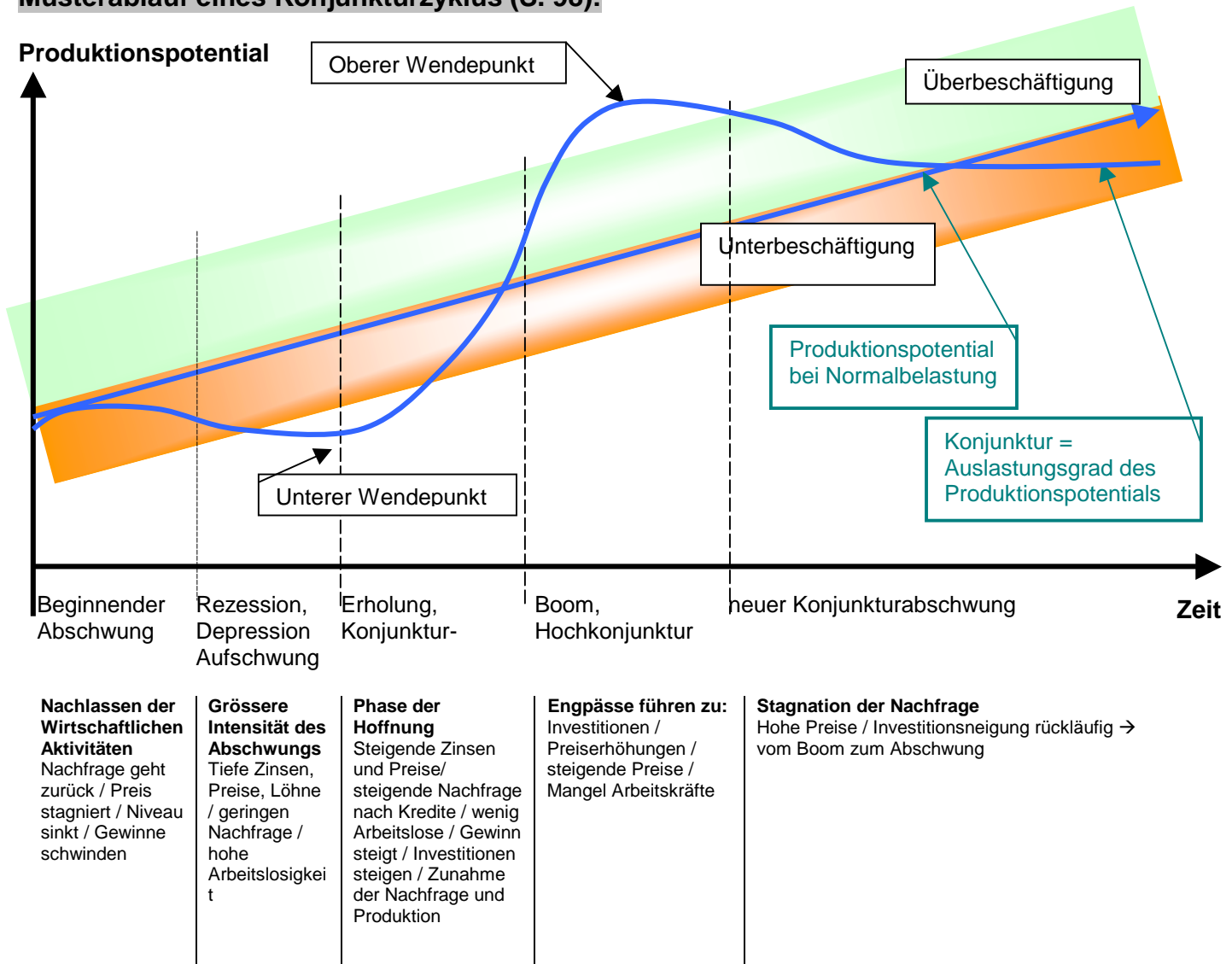
misst nur unsere Leistungsfähigkeit in der Produktion von offizielle käuflichen Gütern und Dienstleistungen

Kap. 5 / Das Konjunkturphänomen: kurzfristige Betrachtung der wirtschaftlichen Entwicklung (S.97-112)

5.1 Das Erscheinungsbild der Konjunktur (S.97)

- Träger der schweiz. Konjunkturpolitik:**
- SNB & Monetäre Konj.-pol. (Geld, Kredit- & Währ.-politik)
 - Bundesrat & Bundesversammlung und nichtmonetäre Konjunkturpolitik (Finanz- & Aussenhandelspolitik, Einzelmassnahmen)
- Produktionspotential:** gibt an wie viel Güter und Dienstleistungen produziert werden könnte, wenn alle (=85%) Produktionsfaktoren ausgelastet wären
- Konjunkturschwankung:** Schwankung im Auslastungsgrad des Produktionspotentials

Musterablauf eines Konjunkturzyklus (S. 98):



- Konjunkturverlauf := Dargestellt durch Wachstumsrate des realen BIP
- Reales BIP := BIP reduziert um Preisschwankungen. Umgerechnet auf die Preisbasis eines best. Jahres
- Nominales BIP := BIP zu laufenden Preisen

5.2 Konjunkturindikatoren (S.100)

Indikatoren zur Erfassung des konjunkturellen Zustands einer Volkswirtschaft:

Konjunkturindikatoren = Massstäbe zum beschreiben der Wirtschaftslage
 = Anzeiger des Gesundheitszustandes einer Volkswirtschaft

Hauptindikator: Veränderungsraten des realen BIP

Gleichlaufende (S.102)	Nachhinkende(S.103)	Vorausseilende (S. 104)
Investitionen	Zinsen	Auftragseingänge
Konsum	Preise	Geldmenge
Exporte	Arbeitslose	Offene Stellen
Umsätze	Löhne	Offene Baukredite
		→ Prognose ETH/KOF

Obige Tabelle zeigt nur Phasenlage gegenüber dem BIP, nicht aber die Amplitude!

Bsp: privater Konsum minime Schwankungen, da lebensnotwendige Sachen
 Luxusgüter starke Reaktion auf Konjunkturschwankungen
 Investitionen starke Reaktion, beim Aufschwung dann aber überproportionale Reaktion

5.3 Warum gibt es Konjunkturschwankungen? (S.104)

Konjunkturschwankungen bewirken Veränderungen im Leben von allen Wirtschaftssubjekten: Entlassungen, Preissteigerungen, Einkommenseinbussen, Kostenerhöhungen, Konkurse.

Gesamt Nachfrage = Privater & öffentlicher Konsum + alle Investitionen + Nettoexporte
 = Verwendungsseite des BIP

Gesamt Angebot = Menge der Güter, welche zu dem Preis von den Unternehmen verkauft werden möchte
 = Produktionsseite des BIP

Impulse, die eine Konjunkturbewegung auslösen können (S. 107):

Nachfrageseite	Private Konsumnachfrage	Mode- Geschmacksänderung Umdisposition der Konsumenten
	Staatliche Nachfrage	Änderung der staatlichen - Einnahme- / Ausgabenpolitik - wirtschaftspolitischen Verhalten
	Investitionen	
	Nachfrage des Auslandes	Änderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Protektionistische Massnahmen im Ausland Rezession in wichtigen Absatzländern
Angebotsseite	Arbeitsmarkt	Gewerkschaftliche Forderungen Streiks Beschränkung der Anzahl ausländischer Arbeiter
	Kapitalmarkt	Zinssatzänderungen Internationale Kapitalbewegungen
	Boden/Liegenschaftsmarkt	Massnahmen der Raum- & Siedlungsplanung Verkehrerschliessung Verstädterung
Monetären Seite		Entwicklung der relativen Preise und Kosten Geldpolitik der Nationalbank Wechselkursentwicklungen
Technische Entwicklung		Innovationen
Massenpsychologische Impulse		Stimmungswellen Revolutionen Soziale Umwälzungen Innenpolitische Krisen Arbeitskonflikte Börsencrash
Ökologische Einflüsse		Missernten Naturkatastrophen Umweltschädigungen Umweltpolitische Interventionen des Staates
Weltpolitische Situation		Weltpolitik Ereignisse in einzelnen Staaten
Rahmenbedingungen		Ändern durch neue ordnungs- wirtschafts- sozial

Konjunkturelle Verstärker (S. 108):

Psychologische Verstärker: Entscheidungen sind zukunftsorientiert, somit spielen Erwartungen eine grosse Rolle. Erwartungen wiederum hängen von Stimmungswellen ab. Stimmungswellen werden durch Vorhaben / Entscheidungen gebildet, wie z.B.:

Investitionen bewirken 2 Effekte:

Kapazitätseffekt → Kapazitäten werden geschaffen, dadurch wird das **Potentialwachstum** mitbestimmt.

Einkommenseffekt → Durch Kapazitätsherstellung entstehen Einkommen, die in Nachfrage umgesetzt werden und somit die **Potentialauslastung** mitbestimmen.

nur falls Kapazitätseffekt == Einkommenseffekt gibt es KEINE Schwingungen => es schwingt im Normalfall

Multiplikatortheorie = Veränderungen in der Nachfrage lösen überproportionale Veränderungen der Einkommen und der Beschäftigung aus.

Grenzneigung zum Konsum = jener Anteil des Einkommens, der wieder ausgegeben wird. Er bestimmt den Multiplikationsfaktor

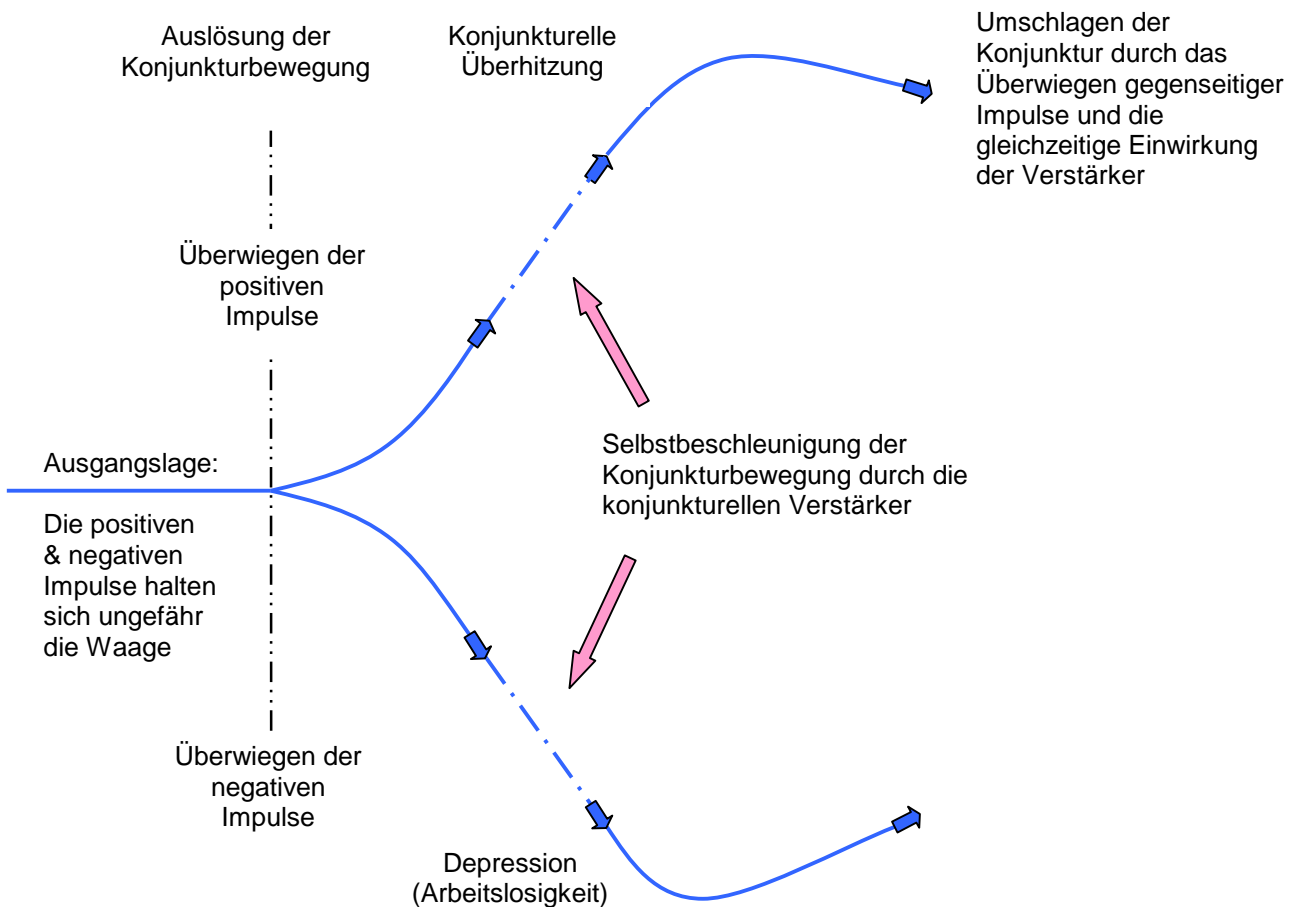
$$\text{Multiplikator} = \frac{1}{1 - \text{Grenzneigung zum Konsum}}$$

Akzeleratortheorie = Veränderungen der Nachfrage lösen überproportionale (akzelerierte = beschleunigte) Veränderungen bei den Investitionen aus.

Nicht so stark, wenn Kapazität nicht ausgelastet ist, oder die Lager voll sind. Abhängig von den Zukunftserwartungen

Der Multiplikator- & Akzeleratoreffekt verstärken sich gegenseitig. Allein diese beiden Effekte können die Konjunktur in Schwingungen versetzen.

Die Ursachen von Konjunkturschwankungen (S.111):

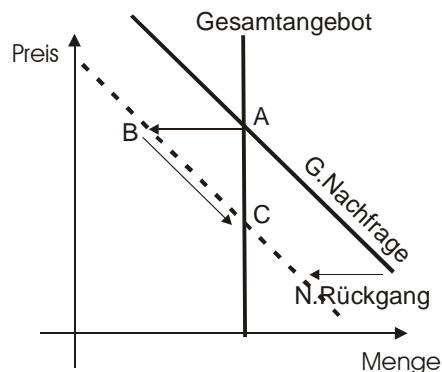


Kap. 6 / Konjunkturpolitik: (S.113-131)

6.1 Die klassische Konzeption (S.113)

Bis Weltwirtschaftskrise 1930

Auffassung: Störungen werden durch Preis- und Marktmechanismen von selbst überwunden (Selbstheilung)



- Es gibt keine freien Arbeitskräfte
- Es gibt keine Überproduktion
- Gesamtangebotskurve ist senkrecht
=> Preise reagieren stark auf Nachfrageänderungen
- Produktionsmenge ist NICHT abhängig vom Preisniveau, sondern von der Arbeitsmenge, Realkapital und der Technologie
- Es kann keine Überproduktion geben, weil Angebot schafft sich die Nachfrage selber
=> Angebot und Nachfrage sind immer im Gleichgewicht!
=> Staat hat nur Nachwächter Funktion
- BIP bestimmt durch Angebot

Zinsmechanismus Durch zu vieles Sparen wird Kapitalangebot erhöht, dadurch fallen Zinse, was Investitionen lukrativer macht => anstelle der Konsumnachfrage tritt die Investitionsnachfrage

Jedes Angebot schafft sich die entsprechende Nachfrage!

6.2 Die keynesianische Konzeption (S.114)

Keynesianer == Gewerkschafter

Nach der Massein Arbeitslosigkeit der 30er Jahre

Auffassung: Es gibt auch einen Gleichgewichtspunkt mit Arbeitslosigkeit, wo die Selbstheilung keine Vollbeschäftigung mehr schafft

- Nachfrage bestimmt die Produktion
- Nicht das Angebot bestimmt die Nachfrage, sondern die Nachfrage das Angebot
- Es gibt ein Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung

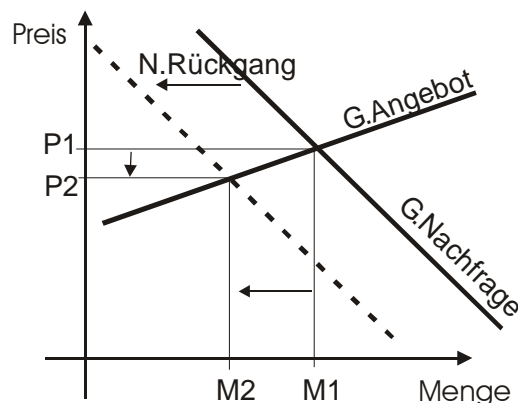
Menu Cost := Kosten für Preisanpassungen (neue Schilder, Kataloge...)
=> Preise sind kurzfristig konstant, da Ändern kostet

Lohnmechanismus spielt nicht, da nach unten vom Staat & Gewerkschaften begrenzt ist

Zinsmechanismus Zinssatz ist nicht schuld an ungenügende Investitionen sondern die Erwartungshaltung

Investitionsfalle Erwartungen im Keller => auch Geldmengen Erhöhung == Zinssenkung kann nicht beleben

Liquiditätsfalle Zusätzliches Geld wird wegen dem schlechten Zins nicht angelegt sondern liquide gehalten
=> die erhoffte Investitionsbeschleunigung bleibt aus
=> in the long run we are all dead



Neu: Unflexible Preise, Löhne, Zinssätze (kurzfristig)
=> flache G. Angebotskurve

BIP ist bestimmt durch Nachfrage, nicht durch Angebot

Therapie (S. 117):

Nachfrage muss erhöht werden. Nachfrage := priv. Konsum + Investitionen + Staatskonsum + Export
Priv. Konsum abhängig vom Einkommen => kann der Staat nur indirekt durch Steuersenkung beeinflussen
Export Steuerentlastung und tiefe eigene Währung
Investitionen werden durch tiefe Zinsen nicht belebt, da Zukunftserwartungen zu schlecht sind

1. Erhöhung der Staatsausgaben
2. Senkung der Staatseinnahmen (=Steuersenkung für alle => Erwartungen werden verbessert)
3. Finanzierung der Defizite durch Anleihen

Kennzeichen:

- Antizyklische Intervention
- Konzentration auf Finanzpolitik (=Steuern, Ausgaben)
- Regierung ist Konjunkturverantwortlich

Einwände gegen die Konjunkturpolitik von Keynes (S. 118):

Time Lags zu grosse Zeitverzögerung bis Erkenntnis bzw. Massnahmen politisch abgesegnet sind
=> anstelle antizyklisch wirkt es dann prozyklisch
Rückweg Es ist unpopulär Steuersenkungen / Ausgabenerhöhungen rückgängig zu machen
=> Finanzierung der Defizite in der Hochkonjunktur ist politisch nicht machbar
Crowding Out Effekt Wird das Defizit durch Anleihen im Inland gedeckt, kaufen die Leute Staatsanleihen anstelle von Aktien
=> Es wird der Wirtschaft Geld entzogen, es kommt zu keinem Aufschwung
Rationale Erwartungen Staatseingriffe sind wirkungslos, da sie durchschaut werden. Auf Staatsausgabenerhöhungen folgen immer Steuererhöhungen
Strukturerhaltungsfälle Werden die wenigen Mittel in veraltete Wirtschaftszweige gesteckt
=> Erhaltung von Arbeitsplätzen von gestern, anstelle Impuls für zukünftige (Gips statt Grips)

Beurteilung der Finanzpolitik restriktiv oder expansiv? (S. 119)

Automatische Stabilisatoren, d.h. dass insbesondere Steuereinnahmen und Arbeitslosenunterstützung dafür sorgen, dass die Veränderung des Staatsbudgets automatisch *antizyklisch* verhalten.

Budget muss von konjunkturellen Schwankungen befreit werden bevor Aussage gemacht werden kann

Geschätztes BIP - Tatsächliches BIP = Output-Lücke

Mit Output-Lücke können die Einnahmenseitige und die Mehrausgaben des Staates im Vergleich zur Normalauslastung berechnet werden.

Defizit aufteilen in: **konjunkturelle** und in **strukturelle Komponenten**

Strukturelle Komponenten dienen zur Beurteilung der Finanzpolitik.

Die Veränderung des strukturellen Saldos in % des BIP ergibt den **Fiskalimpuls**.

6.3 Die monetaristische Konzeption (S.120)

Monetaristen == Nationalbänker

Nach 2. Weltkrieg (Freedman), wo Nachfrage schneller stieg als Produktionspotential => Inflation

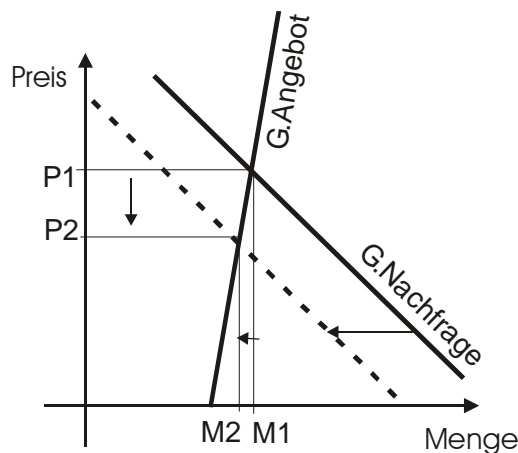
Monetaristen:= Geldmengenschwankungen sind für Konjunkturschwankungen verantwortlich
 ABER: Neben der Geldmenge ist auch die Umlaufgeschwindigkeit wichtig

Quantitätsgleichung des Geldes:

Geldmenge (M1) * Umlaufgeschwindigkeit	=	Gütermenge (=BIP) * Preisniveau
Geldumlauf	=	Güterumlauf

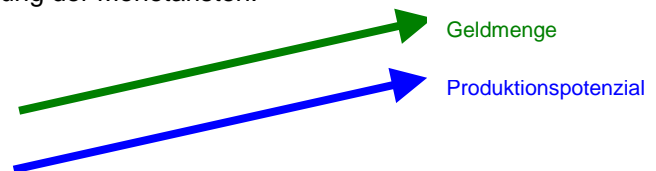
Inflation:= Ist die Folge wenn die Geldmenge oder Umlaufgeschwindigkeit stärker steigt als die Gütermenge

Im Zentrum der monetaristischen Konjunkturpolitik steht die Wachstumsrate der Geldmenge!



- NEU: Preise flexibel
=> steile G. Angebotskurve
- Geldmenge bestimmt G. Nachfrage
- Änderung der Geldmenge => grosse Preisschwankung

Soll - Vorstellung der Monetaristen:



Die Geldmenge ist dem Produktionspotential anzupassen

Therapie (S.124):

Notenbank muss inflationsfreie Entwicklung bewirken, wo Geldmenge im Gleichschritt mit Produktionspotentialentwicklung ist.

Kennzeichen

- Konzentration auf Geldmengensteuerung der Nationalbank (keine Finanzpolitik, nur Geldpolitik)
- Keine antizyklische Politik => neu langfristige Ausrichtung
- Nationalbank ist Konjunkturverantwortlich

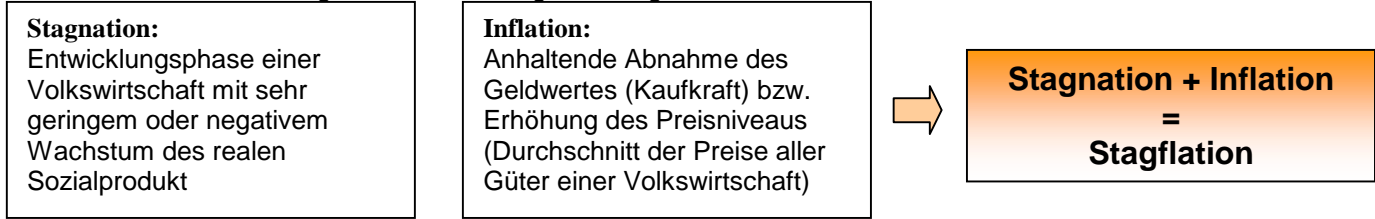
Einwände gegen die monetaristische Konzeption (S.123):

Zielkonflikt	Zu starke Einschränkung der Geldmenge (um Inflation zu bannen) erhöht Rezessionsgefahr
Umlaufgeschwindigkeit	Monetaristen betrachten sie als konstant => mit der Geldmenge kann direkt das BIP gesteuert werden. In Wahrheit ist die Umlaufgeschwindigkeit aber variabel! Abhängig vom Einkommen, Zinssätzen, Zahlungssystem, Finanzierungsmöglichkeiten
Erschwerend	Finanztechnische Innovationen zu zunehmende grenzüberschreitende Finanzströme
Politik	Druck auf Nationalbank wächst wenn Produktion stagniert, die Zinse zu senken "funktioniert erst, wenn SNB Direktor durch PC ersetzt wird"

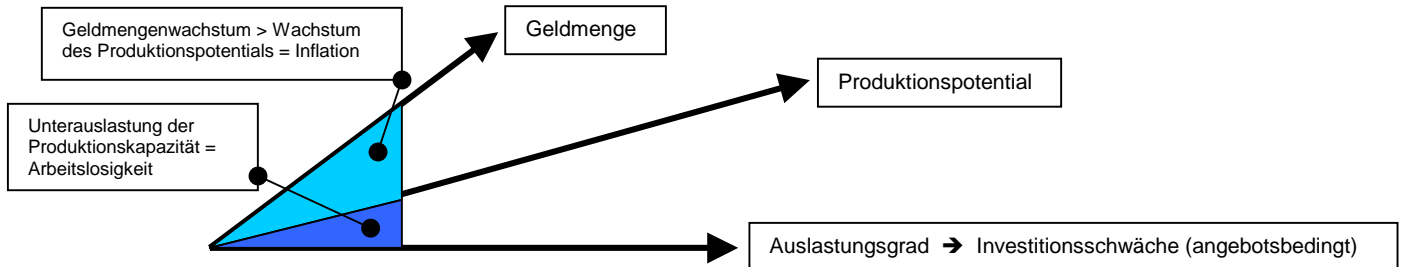
6.4 Die angebotsorientierte Konzeption (S.125)

Angebötlter == Unternehmer

Ölkrise 1973, wo Arbeitslosigkeit und Inflation gleichzeitig auftraten



Erscheinungsbild der Stagflation (S.128):

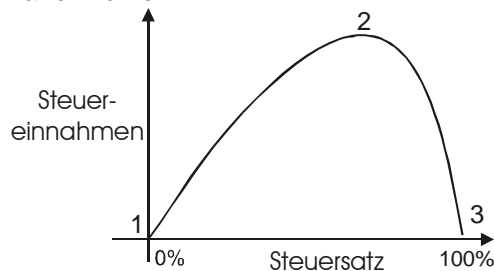


Kennzeichen (Diagnose der Stagflation):

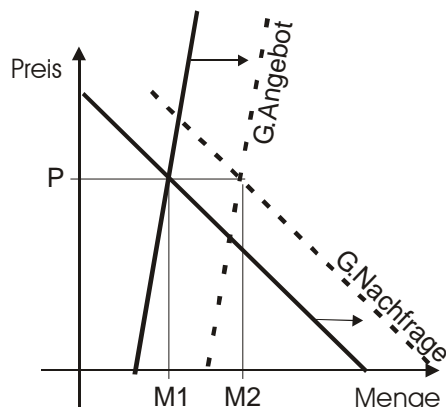
1. Kosteninflation die zum Teil nicht auf die Preise überwältzt werden können und Verschlechterung der Ertragserwartungen.
2. Kostenwachstum > Produktivitätswachstum wegen zu hohen Lohnforderungen, zu grossem Ausbau der Sozialleistungen und überproportional wachsende Steuern.
3. Handlungsspielraum-Einschränkung der Unternehmen.
4. Zuviel Interventionismus des Staates (Unsichere Erwartungen).

Angebotsökonomien:= Steuersystem hat grossen Anreizeffekt => Einfluss auf Sparen, Investieren, Arbeitsangebot, Steuereinnahmen

Laffer-Kurve



- Pkt1 Steuersatz==0 => Einnahmen==0
 Pkt2 ab hier nimmt der Anreiz mehr zu verdienen ab!!
 Pkt3 Steuersatz==100% => müsste alles abgeben was ich verdiene => ich verdiene nix
 ABER niemand weiss wo das Maximum liegt



- Steuersenkung
=> Angebotserhöhung, da Produktionsfaktoren besser eingesetzt
=> Nachfrageerhöhung, da mehr Geld für Konsum vorhanden
- Flexible Preise, Löhne, Zinse
- BIP ist stark abhängig vom Angebot

Therapie (S. 128):

Deregulierung	Radikaler Abbau des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft == Reprivatisierung, aktive Wettbewerbspolitik
Entlastung	Entlastung der Unternehmer vom Kostendruck durch Steuersenkungen, marktorientierte Löhne, verträglicher Wohlfahrtsstaat
Stetigkeit	Stetige Geld- und Finanzpolitik (stetig = gleichlaufend mit Konjunktur) == Deckt sich mit Monetaristen Forderung!!
Anreize	durch Steuersenkung, Deregulierungen, Privatisierungen, Abbau von Subventionen, Erweiterung von freien Handlungsspielräumen => Weniger Staat mehr Markt == bessere Rahmenbedingungen
Senkung der Staatsquote	= Anteil des Staates am BIP

Einwände gegen die angebotsorientierte Konzeption (S.127):

politischen Schwierigkeiten	Abbau der staatliche Regulierungen (Kontrollen) gefährdet die Besitzstände der betroffenen Interessengruppen, die sich entsprechend zu Wehr setzen.
Time Lags	d.h. Verzögerungen: wie stark und wie schnell wird die vorgeschlagene Politik wirken. Wird das zukünftige Wachstum im erhofften Masse und Zeit wirken.
Verteilungskonflikt	wenn die angebotsorientierte Konzeption wirksam ist, stellt sich die Frage, mit welchen Mitteln und wie hoch man das Wachstum erhöhen will. Steuererleichterungen erfordern zur Reduktion des Budgetdefizits auch Ausgabenverkürzungen. Einer einseitig ausgerichteten angebotsorientierten Wirtschaftspolitik drohen grosse Verteilungskonflikte
Widersprüche der Finanzpolitik:	Gleichzeitiger Steuerabbau und eine Verminderung der Staatsverschuldung lasse sich nur in Ausnahmefällen erreichen, weil der Verlauf der Laffer-Kurve nicht bekannt sei.

6.5 Wer hat Recht? (S.129)

Allgemein gültig:

Langfristig	Wirtschaftswachstum hängt ab von der Qualität und Quantität der Produktionsfaktoren <ul style="list-style-type: none">• Löhne, Preise, Zinse flexibel• G-Angebotskurve senkrecht• Änderung der G. Nachfrage beeinflusst nur Preisniveau• Geldmenge beeinflusst nur Höhe der Inflation
Kurzfristig	wird das BIP von der Gesamtnachfrage bestimmt <ul style="list-style-type: none">• Löhne, Preis fix• G-Angebotskurve != senkrecht• Änderung der G-Nachfrage beeinflusst deshalb die Produktionshöhe• Geld- & Finanzpolitik haben Einfluss auf kurzfristigen Konjunkturverlauf
Prozyklisch	Prozyklische Politik wird von allen Ökonomen nicht empfohlen
Stetigkeit	Die meisten Ökonomen befürworten eine stetige Geld- und Finanzpolitik

Kap. 9 / Geld, Geldpolitik und das Problem der Inflation (S. 171-200)

9.1 Was ist Geld? (ab S.171)

Zahlungsmittel, Recheneinheit, Wertaufbewahrungsmittel.

Bargeld :=	Münzen und Noten
Buchgeld :=	Postguthaben, sofort verfügbar
Kontokorrentguthaben :=	Bankguthaben, sofort verfügbar
Sichtguthaben == Giroguthaben :=	sofort verfügbare Guthaben bei Post und Bank
Transaktionskonti :=	Lohn- Spar- Depositen- und Einlagekonti

Geldmengen

M1 := alles, womit das Publikum jederzeit bezahlen kann. M1 heisst auch „Geldmenge im engeren Sinne“

M1 :=	Bargeld + Sichtguthaben + Einlagen auf Transaktionskonten	201.7mrd Fr. 2001
M2 :=	M1 + Spareinlagen (ohne Vorsorgegelder)	369.1mrd Fr. 2001
M3 :=	M2 + Termineinlagen (=gebundene Einlagen)	478.3mrd Fr. 2001
M0 :=	Notenbankgeldmenge := Notenumlauf + Giroguthaben der Geschäftsbanken (sicht SNB)	36mrd Fr. 2001

2. und 3. Säule sind dem Kreislauf entzogen, d.h. erscheinen nicht in den M Geldmengen

9.2 Wie entsteht Geld, wie wird Geld vernichtet? (ab S.176)

Wie entsteht Geld? (=M1!)

:=Geld entsteht aus einem Tauschgeschäft (Nichtgeld gegen Geld), an dem eine inländische Bank beteiligt ist.

- SNB kauft Dollar(=Nichtgeld) gegen CHF von Geschäftsbank => nur Notenbankgeldmenge steigt
- SNB gewährt Kredit gegen Wertpapier (=Nichtgeld) an G. Bank => nur Notenbankgeldmenge steigt
- Bank kauft Obli. (=Nichtgeld) von Firma HARTI => M1-Geldmenge steigt
- Bank kauft Liegenschaft (=Nichtgeld) => M1-Geldmenge steigt
- Bank gewährt Hypokredit (=Pfandrecht = Nichtgeld) => M1-Geldmenge steigt
- Bank zahlt Festgeldanlage (=M3 = Nichtgeld) bar zurück => M1, M2 steigen M3 bleibt

Geld vernichtet wird durch umgekehrte Aktionen

Ist keine inländische Bankbeteiligt, so wird nur Besitzer gewechselt

Monetisierungsfunktion := Nichtgeld in Geld umwandeln

Da von einem Kredit nicht alles direkt verwendet wird, kann eine Bank quasi Geld mehrmals vergeben == nicht nur SNB, sondern auch jede Geschäftsbank kann Geldschöpfen:

$$\text{Geldschöpfungsmultiplikator} = \frac{1 * 100}{\text{Reservesatz [\%]}}$$

9.3 Die Rolle der schweiz. Nationalbank (SNB) (ab S.179)

- Aufgabe** der SNB: • führen einer Geld- und Wirtschaftspolitik im Gesamtinteresse des Landes (Art. 99 BV)
- Regelung des Geldumlaufs des Landes
 - Erleichterung des Zahlungsverkehrs

Aufbau SNB: Seit Gründung 1906 eine AG (2/3 gehören Kantonen & Kantonalbanken, 1/3 Privat)
Unabhängig, deshalb hat Bund auch kein Aktienkapital

Aktiven	Wertschriften 6%	Aus Repo Geschäften
	Repo 20%	
	Gold 25%	Ehem. Goldbesitzpflicht bis 1954
	Devisen 43%	
Passiven	Bund 8%	
	Girokonten 5%	Zahlungsmittel zwischen Banken Steuert Liquidität der Banken
	Notenumlauf 30%	Noten sind eine Schuld der SNB!
	Rückstellungen 54%	

9.4 Die Instrumente der SNB zur Kontrolle der Geldmenge (S.181)

- Repo (Repurchase Agreement) Kauf von erstklassigen Wertpapieren mit gleichzeitiger Definition des späteren Rückkaufes. Dauer 1Tag bis wenige Monate. Wichtigstes Instrument
- Devisenswap Kauf von ausl. Währungen (=Devisen) mit gleichzeitiger Definition des späteren Rückkaufes. Dauer 1Tag bis 6 Monate. Heute nur noch selten gebraucht
In grossen Mengen erlaubt D-swap Wechselkurse zu beeinflussen
- Lombardkredite G. Bank hinterlegt Wertpapiere kriegt dafür Kreditlimite. Lombardsatz == Zinssatz dieses Geschäftes. Dauer 1-3Tage. Nicht mehr eingesetzt heute
- Offenmarktgeschäfte Kauf/Verkauf von Wertschriften im öffentlichen Markt
- Mindestreserve Vorschrift Steuert nicht direkt die Geldmenge, aber sichert Liquidität der G. Banken =Notvorrat (steuert damit den Geldschöpfungsprozess der G. Banken)
- Goldgeschäfte nicht mehr relevant

9.5 Die Geldpolitik der SNB und ihre Wirkungen (S.183)

Expansiv := Geldmenge erhöhen Bsp SNB kauft Dollar gegen CHF
Restriktiv := Geldmenge reduzieren Bsp SNB verkauft Euro gegen CHF
SNB verkauft Wertschriften

Ziele:

- Preisstabilität
Güter & Dienstleistungen Inflationsrate < 2% (Sept. 2002: 0.6%)
Kapital Zinsen
Devisen Wechselkurse
- genügende Bankenliquidität
- Ausschöpfung des Produktionspotentials

Konzept ab 2000 der SNB (Abschied vom Monetarismus = kein M1 od. M0-Jahresziel)

- Inflationsziel wird gemessen am Landesindex der Konsumentenpreise (LIK)
- Inflationsprognose Konjunkturverlauf, Arbeitsmarktentwicklung, Wechselkurse, Geldmengen, Zinsentwicklung
=> Inflationsprognose
- Zinsziel Zielband für den Liborsatz, Steuerung über Repo Geschäfte
LIBOR = London Inter Bank Offered Rate, Zins den die Banken untereinander für 3Mt Anlagen in CHF verlangen.
=> wird mit Repo - Satz gesteuert
- Ziele allgemein der SNB:
 - Preisstabilität (Hauptziel)
 - Ausreichende Bankenliquidität
 - Ausschöpfung des Produktionspotentials

Langfristige Wirkung Jede Geldmengen Erhöhung bewirkt langfristig ein Anstieg im Preisniveau (=Inflation)
Geldmengen Erhöhung bringt langfristig KEIN Wirtschaftswachstum, keine Mehrbeschäftigung
Wirkungsverzögerung ca. 2-3 Jahre

Kurzfristige Wirkung Geldmengen Erhöhung (expansiv) => Zinsen sinken => Investitionen steigen => Nettoexporte steigen (da CHF fällt, wegen schlechtem Zins) => BIP steigt

ABER:

Investitionsfalle = Investitionen bleiben aus, da schlechte Erwartungen

bzw. dauert mind. 2Jahre bis Investitionen steigen == träge

Liquiditätsfalle = Zusätzliches Geld wird bar gehalten, da Obli zuwenig Zins bringen

J-Kurveneffekt = CHF Abwertung verteuert Importe

Rationale Erwartungen = Konsum steigt nicht, da Kunden kein Vertrauen haben

9.6 Landesindex der Konsumentenpreisen (S.187)

Inflation := Wenn nicht nur einzelne Güter teurer werden, sondern die Gesamtheit der Preise über eine länger Zeitspanne ansteigt

LIK := Zeigt Preisänderungen eines Korbes von 1050 Waren und Dienstleistungen. Elemente im Warenkorb werden anhand ihrem Anteil am Haushaltbudget/Jahr gewichtet.

NICHT enthalten sind: direkte Steuern, Prämien Soz. Versicherungen, Motorfahrzeugsteuer, Haftpflicht, Krankenkasse

=> LIK zeigt nicht die Lebenshaltungskosten! LIK zeigt Teuerung 5% zu hoch an!

LIK orientiert sich am privaten Konsum der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Kerninflation := Es werden nur jene Güter erfasst, die auch von der Geldpolitik beeinflusst werden können.
== LIK – (Energieträger, Nahrungsmittel, indirekte Steuern)

9.7 Ursachen und Folgen der Inflation (S.190)

Ursachen der Inflation

- Monetaristischer Ansatz

Zu viel Geld => zu hohe Nachfrage => Preise steigen == Inflation

- Nachfrageinflation (=Keynes)

Zu hohe Nachfrage (=Hochkonjunktur) => Preise steigen == Inflation

Würde aber mit der Zeit wieder zusammenbrechen, wenn die Geldmenge nicht auch zu nimmt

- Angebotsinflation (Angebotskurve nach links)

Steigende Kosten (Löhne, Rohstoffe, Steuern, Zinse) / höhere Gewinnaufschläge => Preise steigen == Inflation

Kostendruckansatz:= Überwälzen der Produktionsmehrkosten auf Preise

Lohn-Preis-Spirale := Preise steigen => Arbeitnehmer verlangen mehr Lohn => Produktionskosten steigen => nach Kostendruckansatz steigen wieder die Preise =>

Importierte Inflation := Grund der Preiserhöhung liegt bei teureren Importen

Folgen der Inflation

- Ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung.

- Gläubiger leiden Wert der Forderung nimmt ab mit der Inflation

- klein Sparer, Rentner leiden wenn Zins < Inflation nimmt Wert auf Sparkonto ab

+ Schuldner, Staat gewinnen ihre Schulden nehmen mit der Inflation ab!

- Kalte Progression

Inflation bringt Steuerzahler in höhere Steuerklasse => verfügbares Einkommen sinkt!

- Verzerrt Preissignale

- Geld verliert Rechenfunktion, da bei schnell steigenden Preisen der Marktüberblick verloren geht.

== Ineffizienz

- im Extremfall, verliert Geld sogar die Funktion als Zahlungsmittel

=> ausländische Währungen springen ein, oder Güter als Ersatzzahlungsmittel

Phillipskurve (S. 192):

Zusammenhang Inflation - Arbeitslosigkeit

9.8 Die Bekämpfung der Inflation (S.193)

Grundsätzlich gibt es 2 Möglichkeiten der Inflationsbekämpfung:

- Verringern der Güternachfrage
Kann durch restriktive Geldpolitik erzwungen werden
 - Wirkungsverzögerung zuerst Inflation verstärkend! Greift erst nach 2-3 Jahren
 - Rezessionsgefahr Nachfrage Reduktion bewirkt auch Abnahme der Wirtschaftsaktivitäten
=> mehr Arbeitslose
 - Indexmechanismen Inflation durch Rohstoffverteuerung => Produkte teure => via Index höherer Lohn gefordert => Produkt wieder teure ==> Gefahr einer Inflationsspirale
 - Regulierte Preise Geldpolitik funktioniert nur wenn Angebot & Nachfrage spielen!
Aber LIK sind 60% der Preise nicht auf dem Markt gebildet
1/5 aus Preisen die abgesprochen oder Normen unterliegen.
- Erhöhung des Güterangebots
Senkung der Steuern macht eine positiven Impuls für die Wirtschaft => mehr Angebote
== **Angebotsökonomie**
=> Inflationsbekämpfung ist nicht gratis zu haben. Je mehr Preisabsprachen, Kartelle, Indexkoppelungen, Preisvorschriften, desto langwieriger und schmerzhafter ist es.

9.9 Deflation & Disinflation (S.196)

Deflation := genereller Preisrückgang über längere Zeit (!= Inflation)

vor allem bei Geldknappheit = zu restriktiver Politik

hier leiden die Schuldner und die Gläubiger profitieren => keine Investitionen => Depression

Disinflation := bezeichnet die blosse Verlangsamung der Teuerung

Kap. 13 / Die internationale Arbeitsteilung (S. 250-266)

13.2 Grenzen der Internat. Arbeitsteilung Freihandel <-> Protekt. (S.250):

Einige Nachteile des Freihandels:

- In der Realität meist nur ein Gewinner
- Steigende Umweltkosten wegen fehlendem Verursacherprinzip
- Welthandel ist mitverantwortlich für die Ausbeutung der Entwicklungsländer

Argument für Protektionismus	Gegenargument
Schutz von Arbeitsplätzen in Wirtschaftskrisen	Krise ist Chance -> Strukturwandel
Versorgungssicherheit in Krieg	Viel zu teuer -> Lagerhaltung reicht aus

Protektionismus = keine ökonomische, sondern Politische Frage

Instrumente für Protektionismus:

- Zölle und Kontingente
- Nicht - tarifäre Massnahmen (nationale Normen bezügl. Sicherheit, Umwelt, Technik, Grenzformalitäten...)
- Importsteuern
- Exportsubventionen
- Internationale Kartelle
- Freiwillige Selbstbeschränkungsmaßnahmen

Möglichkeiten zur Liberalisierung der Aussenpolitik:

- Multilaterale Abkommen (z.B. WTO)
- Gemeinsame Wirtschaftsräume (z.B. EWR)

Global	Regional
Multilaterale Organisationen:	Regionale Wirtschaftsräume:
IWF Internationaler Währungsfonds (=IMF)	EFTA Europäische Freihandelszone
Weltbank	NAFTA Nordamerikanische Freihandelszone
WTO Welthandelsorganisation	EU Europäische Union
OECD Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit	CH<->EU Bilaterale Abkommen
Ziel: Rahmenbedingungen für multilaterales Finanz- Wirtschafts- und Handelssystem	Ziel: Zusammenarbeit innerhalb Wirtschaftsraum Zusammenarbeit mit andern Wirtschaftsraum

Global

IWF (Internationaler Währungsfond) engl.: IMF (International Monetary Fund)

- Aufg:** ursprünglich gegründet zur Überwachung des Bretton Woods Systems, aber heute: Länder in Finanzkrisen, Zahlungsschwierigkeiten oder Währungskrisen werden mit günstigen Krediten unterstützt.
- Ziel:** Armut senken (langfristig stabile globale Wirtschaftslage)
- Org.:** finanziert über Mitgliederbeiträge (nicht über den Finanzmarkt!)
182 Mitglieder, wovon jedes eine eigene Betragsquote hat entsprechend dem Vermögen
60% des Stimmrechts liegt bei den Industrienationen
UNO Sonderorganisation (=eigenes Budget, können selber darüber verfügen)
- Indikatoren:** Primärüberschuss = 3% des BIP
(Primärüberschuss = Saldo vom Staatsüberschuss – Staatsausgaben ohne Zinse)
Staat soll seine Rechnungen zahlen können!
- Bankerrolle** IWF gewährt Finanzhilfe an Länder mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten
- Polizeirolle** Geld gibt es nur gegen Bedingungen (=Sparprogramme, sind unbeliebt)
- Doktorrolle** IWF hat spezielle Kässeli für besondere Probleme (Bsp Ölkrise)

Weltbank

Aufg: ursprünglich: Wiederaufbau von Europa nach dem 2. Weltkrieg
heute: ausarbeiten, finanzieren und durchführen von Entwicklungsprojekten (Staudambauer!)

Ziel:

Org.: finanziert über den Finanzmarkt (=teurer als IWF)
UNO Sonderorganisation (=eigenes Budget, können selber darüber verfügen)

OECD Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit

Ziel: Förderung des wirtschaftlichen Wachstums und der Beschäftigung und des Welthandels unter Wahrung der finanziellen Stabilität

Haben gute Länderanalysen

Habe definiert wie das BIP erfasst werden soll

13.3 Vom GATT zu WTO (S.254):

Das GATT entstand im Jahre 1947. GATT = **General Agreement on Tariffs and Trade**

Ziele des GATT (S.254)

- Handelsliberalisierung zur Erzielung weltweiter Wohlstandsgewinne
- Den Handel auf globaler Ebene regeln (analog IWF & Weltbank, für die Finanzwelt)
- allgemein anerkannte Spielregeln für den Welthandel aufstellen.
"Wohldosierte" Liberalisierungsschritte → kein Freihandelsabkommen

Grundprinzipien des GATT (S.254)

- **Meistbegünstigung:** Alle Vorteile für Waren aus einem Land gelten sofort auch für alle andern.
- **Inländerprinzip:** Gleichstellung von importierten und einheimischen Produkten
- **Verbot mengenmässiger Handelsbeschränkungen:** Auf Zölle beschränkt, weil transparenter als Kontingente
- **Verbesserung des Marktzutritts:** Abbau von Zöllen
- **Abbau der nicht-tarifären Handelshemmnisse:** Subventionen, Submissionen, Zulassungen, usw.

Folgendes wurde bisher durch GATT erreicht (S.255)

Massive Senkung der Zölle, ABER dafür mehr nichttarifäre Hemmnisse

WTO (S.256)

Gründung 1994

Grundprinzipien des GATT gelten auch hier

WTO		
GATT	GATS	TRIPS
General Agreement on Tariffs and Trade	General Agreement on Trade and Services	Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights
Warenverkehr	Dienstleistungen	Geistiges Eigentum

Ausgenommen sind: Integrationsräume wie EU, EFTA etc

Industrieländer dominieren

Ist Fertigprodukte lastig, die Rohstofflieferanten (meistens Entwicklungsländer) kommen zu kurz

13.5 Die Europäische Integration, Herausforderung der Zukunft (S.258):

Freihandelszone	Zollunion	Binnenmarkt
Innen: Zoll & Handelshemmnisse abbauen	Innen: keine Zölle untereinander	Innen: 4 Freiheiten Endziel Währungsunion
Aussen: individuelle Zölle	Aussen: gleiche Aussenzölle	Aussen: gleiche Aussenzölle

Integrationsmodelle:

- | | | |
|--------------------|---|---------------|
| 1. Freihandelszone | lockerer Zusammenschluss, autonomer Aussenzoll | (EFTA, NAFTA) |
| 2. Zollunion | Keine Zölle unter Mitgliedern, gemeinsamer Aussenzoll | (EU) |
| 3. Binnenmarkt | 4 Freiheiten: | (EU) |
| | - Personen | |
| | - Waren | |
| | - Dienstleistungen | |
| | - Kapital | |

Geplante Wirkungen des Binnenmarktes: Stärkung der Wettbewerbskraft
Technologische Innovation
Preissenkungen
Wachstum und Arbeitsplätze

Maastrichter Verträge:

- 3 Säulen der EU**
- | | |
|------|--|
| WWU | Wirtschafts- und Währungsunion |
| GASP | Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik |
| ZJI | Zusammenarbeit in der Justiz- und Innenpolitik |

Es herrschen 3 Spannungsverhältnisse in der EU unter den Mitgliedstaaten bezüglich Kompetenzverteilung und demokratischer Kontrolle:

- **Harmonisierung contra Liberalisierung** alle Staatskulturen vereinheitlichen oder Wettbewerb der Systeme?
- **EU Erweiterung contra Vertiefung** neue Mitglieder aufnehmen oder Integration der Bestehenden zu einer besseren Einheit?
- **Einheit contra Kerngruppe** Weiterentwicklung alle im gleichen Zug, oder soll es Vorreiter geben?

Die Organe der EU (S.260):

Ministerrat	Legislative
Kommission	Exekutive
Europäisches Parlament	Kontrolle, Beratung
Gerichtshof	Überwachung
Rechnungshof	Finanzkontrolle
Wirtschafts- und Sozialausschuss	Sprachrohr

13.6 Die Schweiz und die Europäische Integration (S.261):

Die Schweiz ist sehr stark im EU-Markt integriert. Das zeigt sich beim:

- **Warenverkehr:** 60% der CH Exporte gehen an die EU / 70% der Importe kommen aus der EU
- **Ausländische Arbeitskräfte:** 70% aller Arbeitskräfte stammen aus EU-Ländern
- **Niederlassungen:** viele mittlere und grössere Unternehmen haben Niederlassungen, im EU-Raum. Diese beschäftigen in der EU über 500'000 Personen
- **Direktinvestitionen:** davon werden 52% in der EU getätigt

1960: Die EFTA

Die **European Free Trade Association** wurde von den nicht zur EWG gehörenden Ländern gegründet. Die heutigen 4 Mitglieder: Island, Norwegen, Liechtenstein und die Schweiz.

1973: Das Freihandelsabkommen mit der EG

1992: Der EWR-Vertrag

1994 in Kraft, umfasst 18 Länder Westeuropas (=grösster integrierter Binnenmarkt der Welt)

Ziel: Schaffung von Stabilität und Wohlstand innerhalb Europas

Die 4 Freiheiten des EU Binnenmarktes wurden übernommen

Kritischer Verhandlungspunkt war: wie viel EU Recht zu übernehmen war

CH ist nicht dabei

2000: Die bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU (S.262)

Um die Diskriminierungsgefahr einzuschränken, wurden von der Schweiz bilaterale Abkommen gewünscht.

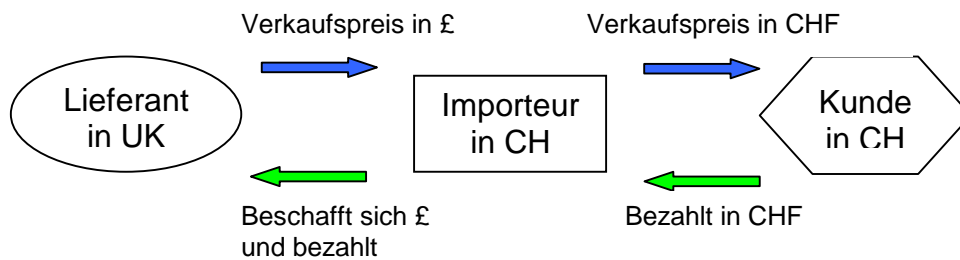
Die 7 Dossiers dazu:

- **Forschung**
Volle Beteiligung der CH am EU Forschungsprogramm
- **Technische Handelshemmnisse**
Konformitätszulassungen gegenseitig anerkennen
- **Öffentliche Beschaffung**
Gleichbehandlung aller potentiellen Lieferanten
- **Luftverkehr**
Zugang zum liberalisierten EU Luftverkehr
- **Landverkehr**
Gegenseitige Liberalisierung (40Toenner) Abbau von Kontingenten
- **Landwirtschaft**
Verbesserter Marktzutritt für EU Produkte
- **Personenverkehr**
Freizügigkeit von Erwerbstätigen, Anerkennung von Diplomen

Verträge Mai/Juni 2002 in Kraft

Kap. 15 / Wechselkurse und Wechselkurssysteme (S.281-302)

15.1 Wechselkurse: Bestimmungsfaktoren, Schwankungen und deren Auswirkungen (S.281)



Der Preis einer Währung wird mit Wechselkurs bezeichnet. Er gibt an, welche Menge an inländischem Geld für eine bestimmte Menge ausländischer Währung hergegeben werden muss.

Der Markt für die Währungen ist der **Devisenmarkt**. Auf den Devisenmärkten werden fremde Währungen von Devisenhändlern weltweit ge- und verkauft. **Der Preis der Währung wird durch Angebot & Nachfrage bestimmt.**

Wechselkurs := Preis einer ausländischen Währung ausgedrückt in der inländischen Währung
 Dollar in CHF => 1.50 == 1\$ = 1.50CHF

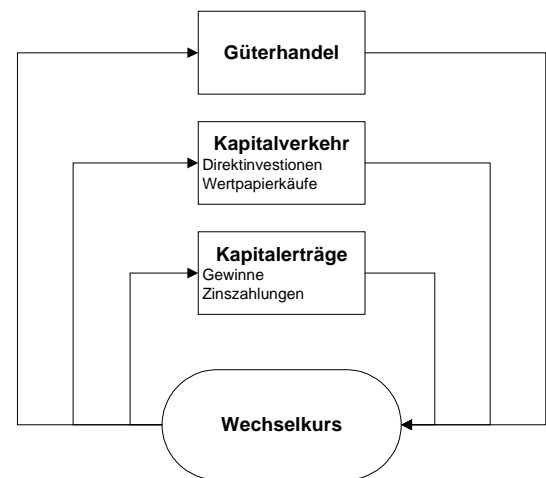
Devisen:= alle Sicht und Termineinlagen in ausländischen Währungen

Devisenmarkt:= Markt für Währungen (!= Gütermarkt)

Sorte:= ausländisches Bargeld

Wechselkurs ist bestimmt durch:

- Inflationsrate
- Zinsunterschiede
- Politik der Nationalbank
- Vertrauen in die Wirtschaft
- Investitionsklima



Wieso schwanken die Wechselkurse? (S.282):

• Güterhandel

Nachfrage England importiert mehr Güter aus der Schweiz als in die Schweiz exportiert werden
 == Nachfrage nach CHF ist grösser => CHF wird teurer, Pfund billiger
 == Pfundwechselkurs sinkt => CH Produkte werden teurer, GB billiger
 => Ausgleich, da bei teureren CH Produkten die Nachfrage zurückgeht

• Unterschiedliche Inflationsraten

Inflation Preissteigerungen >> Ausland => reduziert Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Unternehmen
 Inländische Produkte werden teurer => ausländische werden mehr nachgefragt
 => Ausländische Währung steigt => ausl. Produkte werden teurer => Ausgleich

• Internationale Kapitaltransaktionen

• Kapitalerträge (Zinsniveau)

Kaufkraftparitätentheorie: (langfristig) Mit einer Einheit einer Währung sollte in allen Ländern die gleiche Gütermenge gekauft werden können.

Wechselkurs von **Inflationsraten - Differenzen** im Inland <-> Ausland abhängig
 Abweichung weil: nicht alle Güter handelbar / nicht vollständige Substitute sind. Kurzfristig können Kapitaltransaktionen, ausgelöst durch Zinsunterschiede, Abweichungen ergeben

Verantwortliche Gründe für die Umschichtung internationaler Kapitaltransaktionen (S.283):

- **Zins**
Zinsparitatentheorie:= Besagt, dass der Wechselkurs von den **Zinsdifferenzen** Inland <-> Ausland abhängt
 Zins Ausland >> Zins Inland => Kapital fliest ab ins Ausland
 == Ausländische Währung wird mehr nachgefragt => Ausländische Währung steigt
 Bsp: Staatsdefizit erhöhet Kapitalnachfrage **siehe FRAGE S 283**
- Zinsarbitrage:**= Anleger nutzen die Zinsunterschiede vom Ausland gegenüber dem Inland aus.

- **Erwartungen** über zukünftige Entwicklung
 => in einem Land mit einer Währung die abwertungsverdachtig ist, liegen die Zinse über dem Weltmarktniveau
 Bsp: USA 9% Zins, CH 5% Zins aber erwartet wird Kurseinbruch des Dollars um 5% im nächsten Jahr
 => ich investiere nicht, da mein Zinsgewinn (+4%) ende Jahr von einem Kursverlust (-5%) aufgefressen würde

- **politische Veränderungen**
 Wahlen, neue Gesetze, Privatisierungen können Erwartungen an die Wirtschaftspolitik verändern

Erwartungen		
Wirtschaft		Politik
(Langfrist.) Güterverkehr	(Kurzfrist.) Kapitalverkehr	Wahlen
=> Preisdifferenzen	=> Zinsdifferenzen	Neue Gesetze
== Kaufkraft Paritäten Theorie	== Zins Paritäten Theorie	Neues Steuersystem

Satz: Wechselkurse sind nur so stabil wie das wirtschaftliche und politische Umfeld!
 (stabile Wechselkurse & Kapitalmobilität & autonome Wirtschaftspolitik geht nicht zusammen)

Auswirkungen der Wechselkursschwankungen (S.285):

realer Wechselkurs = um Differenz der Inflationsraten korrigierter nominaler Wechselkurs

- a) Gleichschritt
 Ist die Kursschwankung im Gleichschritt mit der Kaufkraftveranderung
 => Wechselkurs gleicht preisliche Konkurrenzfähigkeit aus
 => stört den Aussenhandel nicht

b) eigene Währung steigt real = Starker CHF => Importe erleichtert & Exporte erschwert

Vorteile	Nachteile
+ dämpft Inflation	- killt Konkurrenzfähigkeit unserer Exportindustrie
+ tiefes Zinsniveau	- Konjunktur dämpfend

c) eigene Währung sinkt real =Schwacher CHF => Importe erschwert & Exporte erleichtert

Vorteile	Nachteile
+ Nachfrage nach CH-Produkten im Inland steigt	- Inflationsgefahr, falls Kapazitätsgrenzen überschritten
+ Nachfrage nach CH-Produkten im Ausland (=Exporte) steigt	- absteigende Unternehmen / Branchen werden durchgefutert
== Konjunktur stimulierend	

15.2 Flexible Wechselkurse (S.290):

Flexibler Wechselkurs = bildet nach Angebot und Nachfrage, ohne Intervention der Nationalbanken

Intervention der Nationalbanken

sauberes Floaten = Nationalbanken greifen nicht ein, brauchen keine Währungsreserven

schmutziges Floaten (dirty floating) = Nationalbanken greifen ein, indem sie Fremdwährungen kaufen und verkaufen.

Bsp:

CHF zu hoch gegenüber Euro => SNB kann Euro gegen CHF kaufen == CHF Angebot steigt => Kurs fällt
od. SNB kann Zinse senken = expansiv == CHF nicht lukrativ => Kurs fällt
Problem: CHF Geldmenge nimmt zu => Inflationsgefahr

CHF zu tief gegenüber Euro => SNB kann Euro gegen CHF verkaufen == CHF Angebot sinkt => Kurs steigt
od. SNB kann Zinse erhöhen = restriktiv == CHF lukrativer => Kurs steigt
Problem CHF Geldmenge nimmt ab => Konjunkturdämpfer = Rezessionsgefahr

Wobei diese Korrekturen nur gegen klein Schwankungen an kommen, gegen eine Trendbewegung ist auch die SNB machtlos!

Fixierung der Wechselkurse

Die eigene Währung wird an eine Auslandswährung gebunden, meist USD. (**Bretton-Woods-System**)

Nationalbank MUSS intervenieren dazu braucht sie Währungsreserven

Vor / Nachteil:

- + planbare Wechselkurse für die Industrie
- nur gut solange alle beteiligten gleiche Entwicklung durch machen
- Stützungskäufe können zu importierter Inflation führen

Bildung einer Währungsunion

Die eigene Währung wird durch eine gemeinsame Währung innerhalb der beteiligten Ländern abgelöst.

15.3 Fixe Wechselkurse → Bretton-Woods-System und der IWF (S.293):

1944: Gründung Bretton-Woods-System, IWF und Weltbank

Das Bretton-Woods-System (S.291):

1. Jedes Mitgliedland definierte seine Währung in Dollar oder Gold.
z.B.: 1 CHF = 0.203 Gramm Gold
1 USD = 0.889 Gramm Gold
2. Jedes Land hält Kursschwankungen seiner Währung in engen Bandbreiten, indem es durch Gold- und Devisenkäufe bzw. -verkäufe den Wechselkurs stabilisiert.
3. Die US- Nationalbank verpflichtet sich alle Dollarguthaben auf Verlangen zum abgemachten Kurs in Gold einzulösen.
4. Der IWF (Internationaler Währungsfonds) übernimmt die Aufgabe, diese Währungsordnung zu überwachen und durch Kredite in Devisennot geratene Mitglieder unter die Arme zu greifen.

Der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems (S.292):

1. Weltweit kamen immer mehr Dollars auf den Markt -> Missverhältnis Dollar - Gold in USA -> Zweifel
-> Flucht in andere Währungen -> Inflation
2. Grosszügige Kredite der USA + Öffnung des US-Marktes für ausländische Güter
-> US-Handelsbilanzdefizit

1973 der fixe Wechselkurs konnte nicht weiter aufrecht erhalten werden. Die Industriestaaten wechselten zum flexiblen Wechselkurs.

Die Aufgaben des Internationalen Währungsfonds → IWF (S.293):

- **Der IWF in der Rolle des Bankiers**
Finanzhilfen an Länder in Zahlungsbilanzschwierigkeiten. Finanzierung über **Quote** der Mitgliedländer.
- **Der IWF in der Rolle des Polizisten**
Wirtschaftspolitische Auflagen für Kreditnehmer
- **Der IWF in der Rolle des Doktors**
"Kässeli", um besondere Probleme in den Griff zu kriegen. Gespeist aus Darlehen der reichen Mitgliedländer.

15.4 Das Europäische Währungssystem → EWS (S.294):

Gründung 1978

Die Bausteine des EWS (S.294):

1. Die Währungseinheit ECU (= European Currency Unit).
2. Die Wechselkurse der EG-Mitgliedländer wurden gegeneinander fixiert. Abweichungen von $\pm 2.25\%$
3. Die Teilnehmerstaaten hinterlegten 20% ihrer Währungsreserven, wofür sie ECU erhielten. Aus diesem Fonds wurden Mitgliedern Kredite zur Bewältigung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten gewährt.

Vom Erfolg auf die Intensivstation (S.294-297):

80er Jahre: Unterschiede in den einzelnen EG-Ländern zu gross
Ende 80er: stabile Wechselkursgefüge und Teuerungskämpfung
Ende 1992: Zerfallsprozess. Gründe: Rezession in Italien und GB -> Bandbreite von $\pm 2.25\%$ auf $\pm 15\%$ erhöht

15.5 Die Europäische Währungsunion (S.298):

Eintrittskriterien	Inflation	1997 nicht mehr als 1.5% über den drei tiefsten Inflationen
	Zinssatz	langfristiger \emptyset Zinssatz 1997 nicht mehr als 2% über dem der drei tiefsten Inflationenländer
	Defizit	Staatsdefizit 1997 nicht mehr als 3% des Bruttoinlandproduktes
	Verschuldung	Staatsverschuldung 1997 nicht mehr als 60% des Bruttoinlandproduktes
	Wechselkurs	Währung muss seit 1996 im EWS sein und 96/97 nicht abgewertet

Die Nutzen / Vorteile der Währungsunion (S.298)

- + **Senkung der Transaktionskosten**
Verwaltung verschiedener Währungen verursacht Kosten: Personaleinsatz, Anpassung Computersysteme, Umtauschkosten, Aufbewahrung von Geld. Durch das Verschwinden dieser Kosten → Einsparung: 20 Milliarden ECU
- + **Steigerung des Wachstums**
Innereuropäischer Handel wird erleichtert und es entstehen Wachstumseffekte → führen zu Investitionsschub mit Produktivitätsfortschritten und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit
- + **Erhöhung der Preisstabilität, Senkung der Defizite**
Eine auf Stabilität verpflichtete Europäische Zentralbank hat positive Auswirkungen auf die Preisstabilität und auf die Verringerung des Budgetdefizite.
- + **Harmonisierung des Zinsniveaus**
Kapitalströme werden auf fundamentale ökonomische Kriterien ausgerichtet und erlauben eine Harmonisierung des Zinsniveaus.

Die Nachteile der Währungsunion (S.298/299)

- **Unterschiedliche Wirtschaftskulturen und Wirtschaftspolitiken**
In südlichen Ländern ist die „Inflationstradition“ anders als in Deutschland. Und auch die Staatsverschuldung wird anders sein. Zudem wirken sich Erhöhungen der Preise in den Ländern unterschiedlich aus. Durch nichtschwankende Wechselkurse (Einheitswährung) ist die wirtschaftliche Anpassung sehr schwierig.
- **Fehlende politische Union**
Ökonomische Krisen führen zu unterschiedlichen Reaktionen in den einzelnen Ländern. Eine Währungsunion die nicht in eine politische Union eingebettet ist, hat keinen dauerhaften Bestand.
- **Mangelhafte Solidarität**
Die schwächeren Regionen stehen unter einem grösseren Konkurrenzdruck → führt zu ansteigender Arbeitslosigkeit. Da die Mobilität des Produktionsfaktors Arbeit in der EU nicht gegeben ist, werden hohe Transferzahlungen notwendig. Diese Solidarität ist zwischen arm und reich nicht vorhanden.

Die Konvergenzkriterien und der Stabilitätspakt (S.299)

Für die Aufnahme in die Währungsunion müssen folgende Bedingungen erfüllt sein:

Konvergenzkriterien für die Währungsunion:

Inflation, Zinssätze, Haushaltsdefizit, Staatsverschuldung, Wechselkurs

Stabilitätspakt:

Busse bei Überschreitung der Defizitquote von 3%, fließt in EU-Haushaltskasse.

15.6 Die Optionen der Schweiz im Angesicht der Europäischen Währungsunion (S.300):

Massnahmen der Schweiz bei einem Erfolg der Währungsunion

Abwarten und Tee trinken und sich fragen, ob die Schweiz nicht unter Zugzwang gerät.

Massnahmen der Schweiz bei einem Misserfolg der Währungsunion (S.300)

- **Beibehaltung der stabilitätsorientierten Geldpolitik**
Handelt es sich um vorübergehende Währungsturbulenzen, hält die SNB an ihrer Geldpolitik fest und lässt die Stabilisatoren (Export, Import, Zinsen, Erwartungen) spielen. Erfahrungsgemäss stossen die Stabilisatoren sehr schnell an ihre Grenzen
- **Lockerung der Geldpolitik**
Bei starken Turbulenzen kann die SNB mit Lockerung der Geldpolitik und tiefen Zinsen die Frankenstärke kompensieren. Aber grosse Geldmengen → Inflation. Je grösser der Schaden in der Schweiz ist, umso mehr muss eine Inflation in Kauf genommen werden.
- **Bestimmung einer temporären Wechselkurs-Obergrenze**
Sollte die Lockerung der Geldpolitik zu wenig bewirken, muss die SNB eine temporäre Wechselkurs-Obergrenze einführen und diese Obergrenze mit unlimitierten Devisenkäufen verteidigen. Mit bekannter zeitlicher Verzögerungen werden Inflationsgefahren geschaffen → Folge: Rezession mit steigender Arbeitslosigkeit.
- **Feste Bindung des Frankens an die Europäische Währung (EURO)**
Bei äusserst massiven Störungen ist die Bindung eine realistische Option. Doch der Preis dafür ist sehr hoch: Verlust der Geldpolitischen Autonomie, Verzicht auf Wechselkurs als Reparaturwerkzeug für wirtschaftliche Unterschiede zur EU und Preisgabe des Zinsvorteils

Vergleich Fix <-> Flexibel

Fix funktioniert nur, wenn beteiligte Volkswirtschaften sich im Gleichschritt entwickeln.

Nationale Wirtschaft muss dem Wechselkursregime untergeordnet werden:

Land mit steigender Währung => Geldpolitik lockern und Inflation in Kauf nehmen

Land mit fallender Währung => Geldpolitik restriktiver und Rezession in Kauf nehmen

Wechselkurse sind nur so stabil wie ihr wirtschaftliches & politisches Umfeld

=> je grösser der Wille zur koordinierten Wirtschaftspolitik, desto stabiler werden die Währungsverhältnisse

Allgemein

Geldpolitik	Zinse, Geldmenge (!= Finanzpolitik)
Finanzpolitik	Steuern, Ausgaben (!=Geldpolitik)
Zinse :=	Opportunitätskosten der Geldhaltung
Realzins :=	Zins – Inflation
Restriktiv	!= expansiv
Expansiv	!= restriktiv
Deflation	== Rezession

Wirtschaftliche Organisationen siehe S. 318